

Merkel-Interview mit der BILD-ZEITUNG vom 11.3.2009

Kern-Aussage: "Wer **unverschuldet** in Not gerät, dem wird geholfen."

www.dw.com/de/merkel-gibt-bild-interview-zur-lage-der-nation/a-4088893

Merkel gibt *Bild*-Interview zur Lage der Nation

11.3.2009

Kanzlerin Angela Merkel geht in die Offensive. In einem ausführlichen Interview mit der *Bild-Zeitung* erläutert die CDU-Chefin die Grundzüge ihrer Politik, wehrt sich aber auch gegen parteiinterne Kritiker.



Bundeskanzlerin Angela Merkel wird nicht immer von Parteifreunden gefeiert

Die Bundeskanzlerin hat das große Format gewählt. Via *Bild-Zeitung* wendet sich Angela Merkel an das Volk. Die Boulevard-Zeitung, die wahrscheinlich noch nie solch ein ausführliches Interview abgedruckt hat, verspricht in der Ausgabe vom Mittwoch (11.03.2009), daß die Kanzlerin Antworten auf die drängendsten Fragen der Deutschen gibt. Wohl aber nicht ganz freiwillig. Selbst **Parteifreunde** beklagten, daß sie **nicht wüßten, wofür die Kanzlerin eigentlich stehe**. Nun kann der interessierte Leser schwarz auf weiß nachlesen, wie Angela Merkel die Welt sieht.

Kanzlerin sieht optimistisch in die wirtschaftliche Zukunft

Vor allem möchte sie den Deutschen Mut machen. Deutschland sei zwar in der schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg, das Land sei aber in der Lage, die Krise zu meistern und sogar gestärkt aus ihr hervorzugehen. Selbstbewußt sagt die Kanzlerin: "**Wir haben schon ganz andere Krisen bewältigt.**"

Angesprochen auf die Probleme von Opel, betont die Kanzlerin, daß die Bundesregierung durchaus dem Autokonzern unter die Arme greifen wolle. Aber es dürfe keine "Scheinhilfe" sein. Es müsse eine tragfähige Lösung gefunden werden. "Nichts wäre schlimmer, als nach wenigen Monaten oder gar Wochen wieder am Anfang zu stehen."

Merkel steht zu ihrem Kurs

Parteiintern wird der Kanzlerin verstärkt vorgeworfen, daß die Union immer weniger für konservative Werte stehe. Darauf entgegnet Merkel, daß sie in der CDU sei, weil sie das „Christliche“ im Namen habe. Daraus würden sich die drei "Wurzeln" der Partei ableiten: Die **christlich-soziale**, die **liberale** und die **konservative**. Alle drei Strömungen seien für die CDU wichtig, um als **Volkspartei** gewählt zu werden.

Auch wenn die Bundestagswahl erst im September stattfindet, die ersten Wahlkampfgeplänkel zeichnen sich ab. Da geht bei manchem Parteifreund die Angst um, daß die Kanzlerin nicht kämpferisch genug auftreten könnte. Der baden-württembergische Ministerpräsident Günter

Oettinger faßte dies in einem Bild zusammen. Er forderte Merkel auf, schon jetzt die "Uniform der Kanzlerin abzulegen und die Uniform der Parteivorsitzenden anzuziehen". Merkel kontert, daß sie immer beides sei, Kanzlerin und Parteivorsitzende. Bei all ihren Entscheidungen gehe sie von ihren **Grundüberzeugungen** und ihrer **Verantwortung für das Ganze** aus.

Auch Steinmeier gibt der Kanzlerin Ratschläge



Die zukünftigen Konkurrenten im Wahlkampf, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier, einträchtig am Kabinetttisch

Nicht nur Parteifreunde geben der Kanzlerin in der Öffentlichkeit Ratschläge. In einem Interview antwortete ihr SPD-Herausforderer für das Kanzleramt - Außenminister Frank-Walter **Steinmeier** - auf die Frage, was er anders machen würde: "Ich würde die **Kräfte der Gemeinsamkeit stärken**." Seiner Ansicht nach müßten die Wirtschaft, die Gewerkschaften und auch die Oppositionsparteien einbezogen werden. Und Steinmeier fügte noch einen Seitenhieb hinzu. Er würde CSU-Chef Horst Seehofer klarmachen, daß die bayerische CSU einer gesamtdeutschen Regierung angehöre und sich deshalb auch so verhalten müsse.

Das Interview gab Steinmeier übrigens dem Magazin „Stern“. Beide Politiker haben sich also für die Verbreitung ihrer Botschaften auflagenstarke Presseprodukte ausgesucht. Zurzeit findet der **Wahlkampf** also **am Kiosk** statt. Dies wird sich sicherlich ändern. Da wirkt eine Aussage der Kanzlerin aus dem *Bild*-Interview fast schon tröstlich. "Mit mir wird es immer nur einen **klaren**, durchaus auch **harten**, aber im Ton sehr **sachlichen** Wahlkampf geben."

(La/kle/BILD/STERN)

www.morgenpost.de/politik/article103989125/Angela-Merkels-wohlueberlegter-Rundumschlag.html

Reaktion auf interne Kritik: **Angela Merckels wohlüberlegter Rundumschlag**

Merkel ist in den vergangenen Wochen zunehmend in die parteiinterne Kritik geraten. Auch die Wähler entzogen ihr das Vertrauen. Jetzt meldet sie sich zu Wort. **Merkel verteidigt ihr Krisenmanagement** und äußert sich zu ihren Plänen für Opel. Sie kommentiert auch Oettingers Vorschlag, "die Uniform der Parteichefin" anzuziehen.

11.03.2009, 06:52



Seehofer, Steinmeier und Merkel/v.l.n.r. - Photo: AP

[Links zum Artikel](#)

[Trend im März](#)

[SPD wirft CSU "pubertäres Verhalten" vor](#)

[Heiner Geißler ätzt gegen Merkel-Kritiker](#)

[Viele Unionswähler wollen nicht mehr wählen gehen](#)

[Steinmeier fordert Merkel zu mehr Führung auf](#)

[Angela Merkels ganz große Versäumnisse](#)

[Merkel reagiert auf Kritiker wie ein Judokämpfer](#)

[Die CSU ignoriert Merkels Geschlossenheitsappell](#)

[Schäuble singt ein Loblied auf Kanzlerin Merkel](#)

[SPD-Politiker rät CSU zum Austritt aus Koalition](#)

Seit Tagen herrscht in der **Union** ein interner **Streit**, wird die Bundeskanzlerin auch aus den eigenen Reihen angegriffen. Jetzt meldete sich Angela Merkel (CDU) selber zu Wort und kündigte einen harten, aber sachlichen Wahlkampf an.

Der Bild sagte sie: "Vor der Krise oder jetzt: Mit mir wird es immer nur einen klaren, durchaus auch harten, aber im Ton sehr sachlichen Wahlkampf geben." Zugleich rief Merkel die Union zur Geschlossenheit auf. "CDU und CSU werden ein gemeinsames Wahlprogramm beschließen, dem jeder in der Union verpflichtet ist. Denn wenn die Menschen nicht wissen, was wir wollen, werden sie uns nicht wählen."

Die Kanzlerin wies den Vorschlag des Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) zurück, möglichst rasch "die Uniform der Parteichefin" anzuziehen, also schon jetzt verstärkt Wahlkampf für die CDU zu machen. Merkel sagte: "Ich trage keine Uniformen, schon deswegen paßt sein Bild nicht. Wenn ich Parteivorsitzende bin, lege ich meine staatliche Verantwortung nicht ab. Und umgekehrt bin ich in allem, was ich als Kanzlerin tue, immer auch CDU-Parteivorsitzende."

Zur momentanen Wirtschaftskrise sagte Merkel: "Eine solche Rezession, die gleichzeitig in allen Ländern der Welt stattfindet, hatten wir seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie". Allerdings sei Deutschland besser als die meisten anderen Länder in der Lage, diese Krise zu meistern.

Bei staatlichen Eingriffen will die Kanzlerin zugleich maßhalten. "Bei allem, was wir gegen die Krise tun, behalten wir immer auch die Staatsfinanzen und die Spielräume der nächsten Generationen im Auge." **Der Staat müsse vor allem für eines Garant sein**, sagte die CDU-Chefin: **"Wer unverschuldet in Not gerät, dem wird geholfen."** Das gelte für den **einzelnen und** auch, wenn es um sinnvolle Hilfe für **Unternehmen** und Arbeitsplätze gehe.

Keine "Scheinhilfen" für Opel

"**Scheinhilfen**" für den angeschlagenen Autobauer Opel lehnt Merkel jedoch ab. "Scheinhilfen wie vor einigen Jahren beim Baukonzern Holzmann retten die Arbeitsplätze nicht, **kosten Unsummen und hinterlassen** dann eine umso größere **Enttäuschung**. Das lehne ich ab", sagte Merkel.

Kommentar Wirtschafts-Ethiker

- Diese Grund-Haltung der Kanzlerin ist richtig, denn Hilfen müssen *wirksam* sein.
- **Merkel** bezog ihre Aussage aber sowohl auf einzelne als auch auf Unternehmen.
- Und sie sprach davon, daß **der Staat "Garant" dafür sein müsse, daß "jedem, der unverschuldet in Not gerät, geholfen wird."**
- Genau hier aber muß die Kritik an Merkels Staat ansetzen, denn **im Falle von Seibold** hat Merkel eben **kein "Krisen-Management"** betrieben.

- Seibolds *Öko-Firma* namens DMPG wurde 1999 von **Roland Berger**, dem jahrzehntelangen Berater der Bundes-Regierung, *vernichtet*, weil diese den strategischen Macht-Interessen der *konventionellen* Großen der deutschen Bau-Wirtschaft im Weg stand, mit denen Berger aufs engste verbunden ist.
- **Berger täuscht** seit 2002 **Justiz und Öffentlichkeit** mit den immer gleichen, dreisten und in allen Punkten *widerlegten* Falsch-Aussagen (siehe Anlage 15/Ziffern 1-20 zur Straf-Anzeige gegen Berger in der Rubrik gleichen Namens).
 - Darin aber – in seiner *täuschenden* Absicht – **wird** Berger **von** der gesamten Elite der BR Deutschland – **Politik, Justiz und Medien – gedeckt**.
 - Das liegt daran, daß zum einen Berger **als die Nummer Eins in Deutschland** für *sakrosankt* gehalten wird sowie zum anderen daran, daß Berger überall seine *Seilschaften* placiert hat, die sogar bis in die Chef-Redaktionen der investigativen Medien hineinreichen.
 - **Mehrere, auch investigative Journalisten hatten 2011 bei Seibold recherchiert und durften** das, was sie dabei an Erschütterndem vorfanden, *nicht veröffentlichen*.
 - **Auch die Straf-Anzeige vom 25.6.2014 gegen Roland Berger wird von der Justiz** nach allen Regeln der Des-Information und Täuschung *boykottiert*. Dabei hat die Justiz sogar über vier Instanz hinweg gleich 21 mal die Verfassung gebrochen (siehe Straf-Anzeige gegen Berger sowie Verfassungs-Beschwerden 1 und 2/ Navigations-Hilfe).
- Aus alledem folgt, daß **der Staat hier eben nicht als "Garant für Hilfe" in Erscheinung getreten ist**.
 - Ganz **im Gegenteil**.
 - Es ist **der Staat**, der – durch Justiz und Politik – **jegliche Hilfe** an Seibold *verweigert*.
 - Zum einen, indem die **Justiz** qua Verfassungs-Bruch Roland **Berger vor Straf-Verfolgung schützt** und dazu die Grund-Rechte – z.B. das auf rechtliches Gehör – außer Kraft setzt.
 - Und zum anderen, weil die **Politik** Berger **nach wie vor deckt**. Denn Merkel hat auf die Aufforderung vom 17.12.2015, Roland Berger nicht weiter zu decken, sondern zur *Wiedergutmachung* des von ihm angerichteten, *volks-wirtschaftlichen* Milliarden-Schadens aufzufordern, *nicht* reagiert (siehe Rubrik *Politik/Merkel* über die Navigations-Hilfe).
- **Merkel täuscht** also – **wie Berger – die Öffentlichkeit**.
 - Das ist ein *schwerwiegender* Vorwurf.
 - Der aber ergibt sich aus dem Merkel-Versprechen, daß der Staat "als *Garant* für Hilfe" in Erscheinung treten müsse.
 - In praxi aber ist **Merkel** der Staat, und sie *mißbraucht ihre Macht dazu, nur sich selbst zu helfen*.
 - Denn würde sie sich *öffentlich* von Berger distanzieren, statt ihn weiter zu decken, müßte sie einräumen, *von wem* sie sich – wie auch schon ihre Vorgänger – über Jahre hat beraten lassen: Von jemandem, dem schwerste, bandenmäßig organisierte Wirtschaftskriminalität zur Last gelegt wird.
- **Merkel bringt** mit dieser, in ihrem Macht-Mißbrauch zu Tage tretenden Geistes-Haltung **Demokratie und Rechts-Staat in Verruf**.
 - Laut Verfassung sind alle vor dem Gesetz gleich.
 - Davon aber kann in praxi leider keine Rede sein, **und** das haben die beiden Verfassungs-Beschwerden klar gezeigt.
 - Merkel **trägt** mit ihrer Haltung massiv **zu Politik- und Staats-Verdrossenheit bei**.
 - **Das** aber ist gefährlich.
 - Zum einen, weil es das weitverbreitete Vor-Urteil stützt, wonach "der Staat die Kleinen hängt, die Großen aber laufen läßt."
 - Und zum anderen, weil es **Nahrung für die Verächter von Demokratie und Rechts-Staat** ist.
- **Merkel ist das offenbar egal**, denn sie ist nur am Erhalt ihrer Macht interessiert.
 - Der Staat hätte im Falle der Causa Seibold versus Berger sehr wirksam helfen können.
 - Nämlich durch zweierlei:
 - Erstens, indem die Justiz die Verfassung *beachtet* und Seibold darin unterstützt, das ihm widerfahrene Unrecht endlich zu *sühnen* und den Verursacher namens Roland Berger zur *Verantwortung* zu ziehen.
 - Und zweitens, indem Merkel als *Garantin* genau dafür in Erscheinung tritt: Für Recht und Gerechtigkeit zu sorgen.
 - **Merkel müßte** dazu allerdings **die Größe aufbringen, einen Fehler zuzugeben**:
 - Daß sie sich von jemandem hat beraten lassen, dem ein kapitales Wirtschafts-Verbrechen zur Last gelegt wird.
 - **Das würde ihr selbst von ihrem Gegnern viel Respekt einbringen**.
 - Zu dieser Größe indes scheint Merkel nicht in der Lage zu sein.

- Diese **Merkel-Ignoranz** aber macht die Causa Seibold versus Berger zu **einem Politikum**, und dieses Politikum muß endlich **öffentlich zur Sprache kommen**.

Die **Regierung werde** Unternehmen wie Opel **unterstützen**, "wenn unsere **Hilfen** diesen Betrieben eine gute Zukunft sichern können und **nicht nur wirkungslos verpuffen**, weil ein Unternehmen am Markt gescheitert ist, also **wenn der Nutzen für alle Menschen in Deutschland größer ist als der Schaden**", sagte sie. Hilfen des Staates könnten nur eine Brücke über die Probleme der Finanzkrise hinweg sein. Danach müßten die Unternehmen wieder aus eigener Kraft Erfolge am Markt haben. Darum sei es wichtig zu prüfen, wie ein Unternehmen vor der Krise dagestanden habe.

Kommentar Wirtschafts-Ethiker:

- **Seibold ist "unverschuldet in Not geraten."**
 - Und zwar deshalb, **weil Seibolds DMPG** nicht – wie viele andere, nach dem Staat Rufende – "am Markt gescheitert ist", sondern vom Berater der Bundes-Regierung **vernichtet wurde**.
 - Das ist ein ganz wesentlicher *Unterschied*.
- **Merkels bzw. des Staates Hilfe an Seibold würde noch nicht einmal Geld kosten:**
 - Merkel müßte sich lediglich *öffentlich* von Berger distanzieren.
 - Das würde Bergers Hegemonie *brechen* und zweierlei Wege frei machen:
 - Zum einen hätte die Justiz dann keine Möglichkeit mehr, Berger weiter vor Straf-Verfolgung zu schützen.
 - Und zum anderen gäbe es für die Medien keinen Grund mehr, die Veröffentlichung dieses Polit-Krimis zu verweigern.
- **Merkels bzw. des Staates Hilfe würde – im Gegenteil – dem Staat und der Öffentlichkeit außerordentlich viel Nutzen stiften:**
 - **Zusammen mit ihrer öffentlichen Distanzierung müßte Merkel von Berger verlangen**, den von ihm verursachten, *volks-wirtschaftlichen* Milliarden-Schaden wenigstens zu *lindern*.
 - **Daß Berger** z.B. eine Stiftung gründet und mit deren Geld **die** vor nunmehr 18 Jahren von seinem Berater-Stab **vernichtete DMPG wiederbelebt**.
 - Denn auf Grund ihrer patentierten Präzisions- und System-Technik wäre die DMPG wie niemand sonst in der Lage, einen **evidenten Beitrag zur Linderung der Wohnungs-Not zu leisten**, und das muß doch im Interesse von uns allen sein:
 - **Zeitgemäßes, öko-logisches Wohnen** für die Masse auch der weniger Verdienenden, die sich so etwas bislang nicht leisten konnten.
 - Und zwar **durch** weltweit **konkurrenzlos kurze Bau-Zeiten** und **durch ebenfalls konkurrenzlos niedrige Preise** infolge industrieller Vor-Fertigung (siehe Film über Produktion und Montage der DMPG in der Rubrik *Tatsachen* sowie Kapitel 01 des Gutachtens in der Rubrik *Begutachtung*).
 - **Denn vor** dem von Roland **Berger** betriebenen DMPG-Konkurs **hatte** dessen Berater-Team die **DMPG als das "öko-logische Bau-System des 21. Jahrhunderts" zertifiziert** (siehe Anlage 34/Info-Memorandum des Berger-Managers Wolfgang Ströbele vom 15.5.1997 in der Rubrik *Tatsachen*).
 - Das aber, was die DMPG ausmachte und schon ab 1993/94 konnte, hat seit deren Vernichtung niemand mehr geschafft.
 - Darin aber kommt der *volks-wirtschaftliche* Milliarden-Schaden seit 1999 zum Ausdruck: Daß allein in der BR Deutschland Millionen von Menschen die Möglichkeit genommen wurde, preiswertes und zugleich öko-logisches Wohnen zu realisieren.
- **Merkel betreibt die Reputations-Insolvenz ihrer 12jährigen Kanzlerschaft.**
 - **Sie ist** – das gibt sie durch ihre *Ignoranz* klar zu verstehen - **der "Garant" des Untergangs**, nicht jedoch der von Zukunft durch Hilfe.
 - Sie gibt durch ihre ignorante Haltung klar zu verstehen, daß ihre vollmundige Ankündigung, wonach "jedem, der *unverschuldet* in Not gerät, geholfen" werde, nichts als wohlfeile Polit-Lyrik ist, die sie im übrigen seitdem im Fernsehen variantenreich wiederholt und dabei immer wieder betont hat, wie vorbildlich die deutsche Demokratie und deren Rechts-Staat seien.
 - Davon aber kann, wie dargelegt, leider keine Rede sein.
- Jeder mag für sich entscheiden, ob eine solche Frau geeignet ist, Kanzlerin zu sein. **Merkel wird mit ihrer Haltung der von ihr proklamierten "Verantwortung für das Ganze" jedenfalls nicht gerecht.**

In den gegenwärtigen Staatseingriffen in die Wirtschaft sieht die Kanzlerin eine Ausnahmesituation. Sie wolle so schnell wie möglich wieder auf den wirtschaftspolitischen Kurs vor der Krise zurückkehren. "Die Exzesse der Märkte, die die Krise ausgelöst haben, zwingen uns dazu, Grenzen zu überschreiten und Dinge zu tun, die wir sonst nicht tun würden.

Am Ende dieses Prozesses können wir die alten Grenzen der sozialen Marktwirtschaft wieder ziehen."

Niemand habe sich noch vor einigen Monaten träumen lassen, daß man zu solchen, staatlichen Eingriffen gezwungen sein werde. Daß auch in der CDU "niemandem ein solcher Prozeß leicht fällt, das ist doch mehr als verständlich", räumte die Kanzlerin ein. "Das kann ich gut verstehen, ebenso wie den Wunsch vieler, daß wir nach der Krise wieder zur Normalität, zu unserem alten Kurs, zurückkehren. Ich sage: Je schneller, umso besser."

Merkel lobt Steinbach

Ihre **öffentliche Kritik** an Papst **Benedikt XVI. hält Merkel weiterhin für richtig**. "Gleichzeitig habe ich meine Äußerung als deutsche Bundeskanzlerin für notwendig gehalten, denn es ist für mich Teil der deutschen Staatsräson, daß, wie ich es gesagt habe, eine Leugnung des Holocausts niemals ohne Folgen im Raum stehen bleiben kann", sagte Merkel. Zugleich unterstrich die CDU-Chefin, daß die persönliche Haltung des Papstes zur Shoa "über jeden Zweifel erhaben" sei. Daß sie selber Protestantin sei, habe bei ihrer Äußerung keine Rolle gespielt.

Kommentar Wirtschafts-Ethiker

- Hier hat die Kanzlerin klar Flagge gezeigt.
- Das liegt aber wohl daran, daß **Benedikt** der XVI. **prominent** ist.
- Seibold ist das zwar sicher nicht.
- **Doch vor dem Gesetz sind alle gleich.**
 - Das aber hat sich wohl noch nicht bis ins Kanzler-Amt herumgesprochen.
 - Da braucht die Kanzlerin offenbar Nachhilfe-Unterricht in Sachen Staatsbürger- und Rechts-Kunde.

Merkel lobte zudem die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, die auch CDU-Bundestagsabgeordnete ist. Steinbach habe mit ihrem Verzicht auf einen Sitz im Stiftungsrat den Start der Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" möglich gemacht. Sie sei sich mit Steinbach darin einig gewesen, das Projekt nicht auf den letzten Metern scheitern zu lassen. Mit dem Verzicht auf einen Sitz im Stiftungsrat habe Steinbach einen schnellen Beginn ermöglicht.

Mit der Kritik des Vertriebenenverbandes und aus den Reihen der Konservativen in der CDU habe sie gerechnet. Merkel: "Ich war mir bewußt, daß das zu Enttäuschungen führt. Aber ich glaube, daß wir mit der Stiftung einen guten Weg des Gedenkens an das schwere Schicksal von Millionen Vertriebenen finden, die darauf ein Anrecht haben."

(ddp/AP/AFP/ab)

Aus gegebenem Anlaß für Seibold von mir zusammengestellt und mit Fett- und Farb-Markierungen sowie mit Kommentaren versehen.

Freiburg im Breisgau, 27. August 2017
Thuner Weg 18

Helmut Passing – Wirtschafts-Ethiker